

Darf der Staat einem Unternehmen drohen?

Wirtschaftsminister Michael Glos hat Widerstand angekündigt. Wenn EADS wirklich Arbeitsplätze aus Deutschland abziehe, würden Rüstungsaufträge gekürzt. Die abgeschlossenen Verträge lassen das zu. Wer uns weh tut, muss sich gefallen lassen, dass wir ihn auch nicht mehr mit Samthandschuhen anfassen.

Die Reaktion anderer politischer Akteure war eher zurückhaltend. Man könne ja seine Interessen wahren, aber direkt drohen – das sei unangemessen. Gewissermaßen unfeines Verhalten, ein Bruch mit den überkommenen Umgangsformen.

Ich muss gestehen, dass mir dieser Bruch sehr sympathisch ist. Wäre er von einem rot-grünen Minister begangen worden, hätte es in Presse und Rundfunk einen riesigen Aufschrei gegeben; da seien halt doch noch Kryptosozialisten am Werk. Vielleicht gerade deshalb hätte man von Clement etwas Vergleichbares nie zu hören bekommen. Aber Glos hat trotzdem Recht. Auch Großunternehmen müssen sich damit abfinden, dass der Staat nicht nur eine Agentur zur Förderung ihrer Interessen ist. Natürlich bekommen sie preiswerte Grundstücke, und notfalls führt der Staat auch die Prozesse, um wie bei EADS in Hamburg den Widerstand von Umweltschützern aus dem Weg zu räumen. Die politischen Instanzen mögen es für richtig halten, den Investoren auf diese Weise das Bett zu bereiten – aber im Interesse von uns allen müssen sie die Bedingungen so gestalten, dass die geschaffenen Arbeitsplätze wirklich sicher sind.

Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es vielfältige Mittel. Man kann hohe Vertragsstrafen vorsehen, wenn Arbeitsplätze wieder abgezogen werden, und auch das Steuerrecht könnte man in solchen Fällen mobilisieren. Nach einer neuen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist es zulässig, nur solchen Unternehmen Staatsaufträge zu erteilen, die nach Tarif bezahlen und branchenübliche Bedingungen bieten. Und selbstredend ist der Staat berechtigt, von vertraglichen Spielräumen Gebrauch zu machen und sein Auftragsvolumen zurückzufahren. Wir leben nicht mehr im Zeitalter des Absolutismus, wo dem Fürsten alles erlaubt war: EADS, Siemens, Daimler oder BASF müssen sich an Spielregeln halten und können nicht tun, was immer sie wollen. In den USA dürfen

Unternehmen verpflichtet werden, sogar in den oberen Rängen der Hierarchie einen bestimmten Anteil an Frauen und rassischen Minderheiten zu beschäftigen. Und wenn sie besonders viele Beschäftigte entlassen, müssen sie höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlen. Das lässt sich nicht so einfach übertragen. Aber wir sollten uns mehr als bisher bewusst sein, dass Unternehmen keine Hätschelkinder, sondern Teil einer Marktwirtschaft sind, wo auch das Soziale seinen Platz hat.

Fundstelle: Der Betriebsrat (dbr) Heft 4/2007 S. 3